



Stellungnahme **GEPA The Fair Trade Company** anlässlich der öffentlichen Anhörung am 23. Juni – Landwirtschaftsausschuss

Vorbemerkung

Wir begrüßen es sehr, dass das Thema im Bundestag wie auch in der öffentlichen Diskussion in dieser Breite auf die Tagesordnung kommt.

Die Ursachen hinter der sogenannten Welternährungskrise sind jedoch nicht neu, überwiegend lange bekannt und hätten in einer ähnlich intensiven Weise wie es jetzt geschieht, bereits vor Jahrzehnten debattiert und angegangen werden sollen.

Ursachen

Der aktuellen Nahrungsmittelkrise liegen eine Reihe verschiedener Ursachen zu Grunde. Auf einen einfachen Nenner gebracht, steigen die Nahrungsmittelpreise durch eine erhöhte Nachfrage von Nahrungsmitteln bei gleichzeitig sinkendem Angebot.

Die globale **Nachfrage** nach Nahrungsmitteln steigt zum einen durch das stetige Wachstum der Weltbevölkerung um jährlich 80 Millionen Menschen. Zum anderen steigt in Ländern mit hohem Wirtschaftswachstum auch der mengenmäßige Pro Kopf-Verzehr von Lebensmitteln an. Gleichzeitig änderten sich in der Vergangenheit insbesondere bei der Bevölkerung in Schwellenländern die Konsummuster hin zu einer stärkeren Nachfrage nach Fleisch, Milch, Obst, Gemüse und Fertigprodukten. So hat sich beispielsweise nach FAO-Angaben der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch in China in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Für die Produktion von einem Kilo Fleisch seien etwa sieben Kilo Getreide notwendig.

Das weltweite **Angebot** an Nahrungsmitteln sinkt vor allem dadurch, dass immer weniger Flächen für den Anbau von Nahrungsmitteln zur Verfügung stehen. Die Gründe hierfür sind Bodenerosion und -degradation, Desertifikation und Versalzung - hervorgerufen durch unangepasste Landnutzungsformen. Aber auch die zunehmende Versiegelung von Land durch die Ausbreitung der Städte spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle. Laut dem International Rice Research Institute (IRRI) gehen in Vietnam, Thailand und Bangladesch zehntausende Hektar Ackerland pro Jahr für den Ausbau von Städten und Industrie verloren.

Auch die erhöhte Nachfrage von Agrargütern zur **Agrotreibstoffproduktion** hat einen erheblichen Anteil an der Preissteigerung von Nahrungsmitteln. Zum einen werden immer mehr Flächen für den Anbau nachwachsender Energierohstoffe genutzt, die somit für die Nahrungsmittelproduktion nicht mehr zur Verfügung stehen. Zum anderen gibt es eine steigende Konkurrenz von Agrargütern, die sowohl als Nahrungsmittel, als auch als Agrotreibstoff genutzt werden können. Hinzu kommt eine Flächenkonkurrenz durch Baumwoll- und Tabakanbau.

Die so geschaffene Verknappung führt zwangsläufig zu einer Erhöhung der Nahrungsmittelpreise. Die Verwertung von Nahrungsmitteln zur Treibstoffproduktion hat bereits in der Vergangenheit zu Nahrungsmittelkrisen geführt. So stieg der Preis für Mais während der so genannten **Tortillakrise** im Jahr 2007 in Mexiko um 400% durch den signifikanten Rückgang der Maisimporte, hervorgerufen durch die US-amerikanische Bioethanolproduktion.

Nach Angaben des International Food Policy and Research Institute (IFPRI) ist die erhöhte Nachfrage von Agrotreibstoffen für 30% der gestiegenen Nahrungsmittelpreise verantwortlich. Auch der IWF kommt zu ähnlichen Ergebnissen und spricht von 20 – 30%. Und dies, obwohl Agrotreibstoff derzeit nur einen Anteil von unter 1,5% am globalen Flüssigkraftstoffangebot hat und der Anbau von Biodiesel und Bioethanol bisher weltweit nur einen Anteil von 1,9% der Weltackerfläche einnimmt. Außerdem reichen die weltweiten Süßwasservorräte nicht aus, um sowohl Nahrung als auch Biotreibstoffe anzubauen, so dass Internationale Wasserinstitut in Stockholm. Allein für einen Liter Biosprit werden bis zu 3.500 Liter Wasser benötigt (Monitor vom 12.6.2008). Die rechtsverbindliche und langjährige Festschreibung des 10-Prozent-Beimischungsziels der EU bis zum Jahr 2020 für Agrotreibstoffe wird die Preise weiterhin nach oben treiben und muss daher abgeschafft werden.

Neben diesen langfristig wirkenden Ursachen für Nahrungsmittelpreissteigerungen haben wetterbedingte **Ernteauffälle** durch Naturkatastrophen das globale Nahrungsmittelangebot temporär verknappt.

Die weltweiten **Lagerbestände** an Nahrungsmitteln sind aufgrund dieser Entwicklungen derzeit auf dem niedrigsten Stand seit 30 Jahren, was direkte Auswirkungen auf die hohe Volatilität der Weltagrarpreise hat.

Auch die seit drei Jahren kontinuierlich steigenden **Rohölpreise** schlagen sich in dem gegenwärtigen Anstieg der Nahrungsmittelpreise nieder. So haben sich die Düngemittelpreise seit 2005 verdoppelt. Gleichzeitig steigen mit dem Ölpreis auch die Transportkosten von Saatgut und Nahrungsmitteln signifikant an.

Die vergangenen Entwicklungen haben den Agrarrohstoffmarkt für **Finanzinvestitionen** lukrativ gemacht. Durch steigende Wachstumsraten an den Getreidebörsen ziehen die Agrarmärkte vermehrt Kapital von Hedge-Fonds, Pensionskassen und Indexfonds an. Seit 2005 sind die Volumen der Terminkontrakte bei Reis von 13.000 auf 141.000 Tonnen gestiegen. Bei Getreide stieg das Volumen von 2,4 Millionen Tonnen auf 23,1 Millionen Tonnen. Derlei Börseninvestitionen und Spekulationen sind für die gestiegenen Preise und insbesondere für die erhöhte Volatilität der Preise mitverantwortlich.

Während vor einigen Jahren nur wenige Anlageaktivitäten im Rohstoffhandel getätigt wurden, werden seit kurzem Milliarden insbesondere von Altersvorsorgefonds und Pensionskassen investiert. In der Summe haben sich diese Investitionen – u.a. in Grundnahrungsmittel – vom tatsächlichen Handel abgekoppelt und heizen die Preissteigerung unkalkulierbar an.

Die **Gewinner** der steigenden Preisentwicklung sind neben Kapitalinvestoren auch Agrarexportunternehmen und Staaten, die Nahrungsmitteln exportieren. Leidtragende der Entwicklung sind solche Länder, die einen Großteil ihrer Nahrungsmittel importieren müssen. Die Zahl dieser Länder hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre stark erhöht. Laut Angaben der FAO haben derzeit 82 Länder extreme Defizite in der Nahrungsmittelproduktion, die zum einen auf gewalttätige

Konflikte, zum anderen jedoch auf eine fehlende funktionierende einheimische Landwirtschaft zurückzuführen ist.

Der Grund dafür liegt in der immer stärkeren **Liberalisierung des Weltmarkts**, die bereits seit Anfang der 80er Jahre auf Druck von Weltbank und IWF begann und durch das Agrarabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) nochmals intensiviert wurde. Durch die verstärkte Ausrichtung der Landwirtschaft auf Exportgüter bei gleichzeitigem Import günstiger, subventionierter Nahrungsmittel aus den Industrieländern wurde in Entwicklungsländern die lokale Landwirtschaft und somit die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit lokal angebauten Grundnahrungsmitteln zerstört. Als Folge dessen sind viele Länder, die in der Vergangenheit den Großteil ihrer Nahrung selbst produziert haben, heute Nettonahrungsmittelimporteure und stehen in direkter Abhängigkeit von den volatilen Agrarpreisen des Weltmarkts.

Haiti musste 1995 auf Druck des IWF seine Importzölle für Reis von 35 auf 3% senken. In den folgenden Jahren stieg der Import von Reis um 150%. Die lokalen ReisbäuerInnen sind dadurch verarmt oder haben aufgegeben. Heute kommt drei Viertel des in Haiti verkauften Reises aus den USA. Durch die Liberalisierung hat Haiti seine Ernährungssouveränität verloren und ist nun abhängig von den Preisschwankungen des Weltmarktes. Die Hungeraufstände in Haiti sind eine direkte Folge davon.

Eine preisaggressive Einkaufspolitik von Importeuren und Lebensmittelgroßhändlern trägt dazu bei, dass der Druck am Ende der Wertschöpfungs- und Lieferantenkette landet. Das sind häufig die Kleinbauern. Den Preis zahlt damit – kurzfristig – nicht der Verbraucher im Norden, sondern der Erzeuger im Süden. Konzentration im Bereich des Lebensmittelhandels kann diesen Druck auf die Lieferantenkette verschärfen.

Die 30 größten Ketten bestimmen heute ca. 1/3 des Lebensmittelhandels weltweit.

Einer ähnlichen Entwicklung wie Haiti stehen derzeit die Länder Afrikas gegenüber, die durch die sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (**EPA**) verstärktem Freihandel mit Europa zustimmen sollen. Länder wie Ghana oder Uganda werden damit verpflichtet, ihre Zölle für 80% der europäischen Importe auf Null zu setzen und die restlichen Zölle auf dem jetzigen Niveau einzufrieren. Damit sind diesen Staaten künftig die Hände gebunden, ihre Bauern gegen steigende Importe aus der EU zu schützen. Beispiele wie Haiti zeigen jedoch, dass dies nicht der Weg ist, um Hunger und Armut zu überwinden. Den Nationalstaaten muss die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre eigene Bevölkerung vor Hunger zu schützen, sei es durch Importzölle oder Exportstops. Die EU sollte Entwicklungsländern im Rahmen der aktuellen Verhandlungen der EPA sowie auch bei den WTO Landwirtschaftsverhandlungen dieses Recht gewährleisten, denn gerade ärmere Länder haben aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht die Möglichkeit, ihre einheimische Landwirtschaft durch Subventionen, Direktzahlungen oder Interventionen zu unterstützen. Die Nahrungsmittelversorgung der eigenen Bevölkerung durch die Produktion einheimischer Lebensmittel zu sichern, ist jedoch der sicherste Weg, um unabhängig von den volatilen Weltmarktpreisen zu werden.

Die EU muss außerdem ihre Agrarpolitik so korrigieren, dass deren negative Auswirkung auf die Nahrungsmittelerzeugung in Entwicklungsländern vermieden wird. In der EU werden landwirtschaftliche Erzeugnisse heute mit über 51,9 Milliarden € subventioniert. Derzeit berät die EU-Kommission Reformvorschläge für die gemeinsame **EU-Agrarpolitik** im Rahmen der so genannten

„Gesundheitsprüfung“. Die Vorschläge tragen jedoch nicht zu einer verbesserten Situation der Kleinbauern im Süden bei, denn die jährlichen Agrarsubventionen werden nicht abgebaut, sondern lediglich umgeschichtet. Des Weiteren wird an den europäischen Exportsubventionen weitgehend festgehalten. Der Abbau der Exportsubventionen ist jedoch zwingend notwendig, um die lokale Landwirtschaft in Entwicklungsländern nicht weiterhin zu zerstören.

Neben den bisher skizzierten Auswirkungen der Liberalisierung im zwischenstaatlichen Handel, birgt die Entwicklung aber auch hungerverschärfende Effekte innerhalb eines Landes. So führt eine verstärkte Ausrichtung auf dem Weltmarkt zur Konkurrenz zwischen Nahrungsmitteln, die für die lokale Bevölkerung verwendet und solchen Agrargütern, die für den Export produziert werden. In Agrarexportländern wie Brasilien, Argentinien oder Thailand gibt es Menschen, die hungern, während die Exportlandwirtschaft (z.B. für Biokraftstoff) weiter ausgedehnt wird. So leben rund 70% der hungernden Kinder in Ländern mit Nahrungsmittelüberschüssen. Die Frage ist also nicht, ob auf der Welt genug produziert wird, sondern was und für wen produziert wird.

Dass auch Export von Grundnahrungsmitteln nachhaltig sein kann, zeigt das Beispiel Navdanya in Indien. Für Navdanya steht der Reisanbau für Bauern und lokale Vermarktung an erster Stelle (90-95% der Produktion). 5-10% werden an den Fairen Handel vermarktet. Die fairen Preise werden z.B. für die Beratung der Bauern oder den Aufbau von Saatgutbanken verwendet. „Der Faire Handel hat für uns eine Hebelwirkung“, sagt die Gründerin und Trägerin des alternativen Nobelpreises, Vandana Shiva.

Bereits heute werden auf der Welt genug Lebensmittel produziert, um alle Menschen zu ernähren. Nach Angaben der FAO sind zur ausreichenden Ernährung eines Menschen 2.500 Kalorien und 55 Gramm Eiweiß erforderlich. Gemessen am globalen Nahrungsmittelangebot sind heute pro Kopf jedoch sogar durchschnittlich 2.700 Kalorien und 71 Gramm Eiweiß verfügbar.

Hunger wird demnach eher durch eine ungerechte Verteilung von Nahrungsmitteln, als durch die mangelnde Verfügbarkeit hervorgerufen und dies sowohl zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, als auch innerhalb der einzelnen Länder selbst. Drei Viertel aller Hungernden leben auf dem Land, also dort, wo Nahrungsmittel produziert werden. Es handelt sich um Kleinbauern und Landlose, die häufig durch neue Industrieansiedlungen und städtisches Wachstum, Großplantagenwirtschaft oder Großprojekte wie Staudämme und Bergbau auf marginale Standorte abgedrängt werden oder ihr Land verlieren. Vier Fünftel der Bauernfamilien besitzen gegenwärtig nur ca. 6% der weltweiten landwirtschaftlichen Fläche. Die Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe auf der Welt (ca. 85%) sind Kleinbauern mit weniger als 2 ha Land. Wiederum fast 90% dieser Kleinbauern sind in Entwicklungsländern angesiedelt. In der Entwicklung dieser kleinbäuerlichen Landwirtschaft liegt ein Schlüssel zur Bekämpfung des Hungers und viel ungenutztes Potential zur Ertragssteigerung. *Eine* Voraussetzung ist der Zusammenschluss in Kooperativen, wie sie beispielsweise der Faire Handel fördert.

Der Schlüssel zur Hungerbekämpfung liegt daher vor allem in einem gerechten und sicheren Zugang zu Land, Saatgut und Wasser und nicht zwangsläufig in einer erhöhten Nahrungsmittelproduktion durch eine weitere Technisierung der Landwirtschaft.

Die **industrielle Landwirtschaft** geht durch ihren intensiven Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden etc. mit starken ökologischen Auswirkungen einher. Gravierende Umweltschäden wie Bodendegradierung und Grundwasserverschmutzung sind die Folgen. Auch wenn die industrielle

Landwirtschaft in der Vergangenheit den weltweiten landwirtschaftlichen Ertrag gesteigert hat, profitierte die Weltbevölkerung jedoch nur zu sehr ungleichen Teilen von dieser Entwicklung. In Subsahara-Afrika hat sich der Anteil Armer, die von weniger als 2 US\$ pro Tag leben, innerhalb der gesamten letzten 20 Jahre nicht verringert, denn die landwirtschaftliche Produktionserhöhung gelang nur unter erhöhtem Einsatz von Kapital, Energie und neuer Technologie. Eine kapitalintensive Landwirtschaft ist für Kleinbauern und Arme jedoch nicht geeignet.

Auch der Einsatz von **Hybrid- und gentechnisch verändertem Saatgut** ist kein Mittel zur Lösung des globalen Hungerproblems. Die bisherigen Erfahrungen mit grüner Gentechnik zeigen, dass besonders Kleinbauern dadurch in die Abhängigkeit von Saatgut- und Düngemittelkonzernen getrieben werden. Im Gegensatz zur versprochenen Ertragssteigerung und somit höheren Einkommensmöglichkeiten, geraten Kleinbauern in eine Schuldenspirale, da sie Saatgut, Düngemittel und Pestizide jedes Jahr erneut zu vorgegebenen Preisen kaufen müssen. Die armutsverschärfenden Wirkungen von Gentechnik wurden im Mai 2008 auch erstmals auf internationaler Ebene bestätigt, indem der Menschenrechtsausschuss der UN die Einführung der Gentechnik in der Landwirtschaft öffentlich als Menschenrechtsverletzung rügte.

Zur gleichen Ansicht gelangt auch der im April 2008 erschienene Weltagrarbericht (**IAASTD**), der das Modell westlicher, industrieller Landwirtschaft kritisiert und eine grundsätzliche Neuausrichtung der globalen Landwirtschaft einfordert. Die Ergebnisse des Berichts sind von hohem wissenschaftlichem Wert und sollten als Grundlage bei der Suche nach Lösungen der derzeitigen Nahrungsmittelkrise dienen. Wir teilen die Meinung der am Bericht beteiligten 400 unabhängigen Wissenschaftler, dass angesichts der derzeitigen Herausforderungen wie Armut und Klimawandel das derzeitige Modell industrieller Landwirtschaft schnellstmöglich korrigiert werden muss.

Anstatt Ertragssteigerungen durch hohen Energie- und Chemikalieneinsatz zu erreichen, müssen Produktionssteigerungen durch nachhaltige standortgerechte Landwirtschaft erzielt werden. Ein Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Einbeziehung von lokalem und indigenem Wissen, um ökologisch stabile Anbausysteme und geeignete Methoden der Bodenbereitung zu entwickeln. Die Bewirtschaftung in Form einer **nachhaltigen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft** ist dadurch sowohl auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung als auch auf die ökologischen Voraussetzungen der jeweiligen Region abgestimmt.

Nachhaltige, standortgerechte Landnutzungssysteme leisten einen Beitrag zur Schonung der Naturressourcen, der Stabilisierung der Grundwasservorkommen und der biologischen Vielfalt. Eine nachhaltige, kleinbäuerliche Landwirtschaft kommt in der Regel ohne großen Einsatz externer Betriebsmittel aus und zeichnet sich durch eine hohe Produktivität aus. Sie bietet einer großen Anzahl von Menschen auf dem Land Ernährungssicherheit und Einkommen. In vielen Ländern produzieren gerade die kleinbäuerlichen Betriebe den Großteil der Nahrungsmittel und tragen so wesentlich zur Versorgung der lokalen Märkte mit Grundnahrungsmitteln bei. Studien haben belegt, dass es bei einer Umstellung auf nachhaltige, kleinbäuerliche Landwirtschaft zu einer substantiellen Erhöhung der Gesamtproduktivität pro Hektar kommt. Nachhaltige Landwirtschaft hat das Potential, die Ernährung einer steigenden Weltbevölkerung zu sichern – ohne zusätzliche Flächen zu benötigen.

Fair Trade / GEPA

Fairer Handel kann nicht die Probleme dieser Welt lösen. Aber er kann in einem Konzert von Maßnahmen einen effektiven Beitrag leisten.

Fair Trade

- fördert kleinbäuerliche Strukturen und benachteiligte Produzentengruppen,
- fördert die Umstellung auf kontrolliert biologischen Anbau,
- steigert Erträge und fördert die Effizienz in der landwirtschaftlichen Produktion,
- schafft Einkommen vor allem in ländlichen Gebieten - nicht nur bei den Produzentengruppen, sondern auch in der Region,
- trägt dazu bei, Landflucht zu verhindern,
- fördert den Zusammenschluss von Kleinbauern in Genossenschaften,
- sichert über Mindestpreiskonzepte, Vorfinanzierung und langfristige Handelsbeziehungen auch in Zeiten ruinöser Niedrigpreise die Existenz von Kleinbauern und ermöglicht Planungssicherheit,
- ermöglicht über besondere Preiskomponenten Investitionen (etwa in Ausbildung, Gesundheit, Infrastruktur, soziale Sicherheit, Diversifizierung),
- fördert Produktentwicklung und Qualität,
- leistet einen Beitrag zu Organisationsentwicklung und berät in Fragen der Produkt- und Marktentwicklung,
- baut mit überwiegend genossenschaftlichen Produzentenorganisationen eine direkte Handelsbeziehung auf.

Damit leistet Fair Trade als marktwirtschaftliches Konzept einen hohen Beitrag zur Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen von ansonsten am Weltmarkt strukturell benachteiligten Produzentengruppen.

In den meisten Fällen wird neben den einkommensschaffenden Exportgütern (z.B. Kaffee) auch der Anbau anderer Lebensmittel für die Eigenversorgung und den lokalen Markt gefördert.

Fair Trade gehört zu einem schnell wachsenden Marktsegment in allen entwickelten Industrieländern (zurzeit ca. 3 Milliarden Euro, Wachstumsraten ca. 30-50 % pro Jahr).

Fair Trade ist Pionier in Konzept und Praxis von sozialverträglichem Handel generell. Was vor 40 Jahren mit einer kirchlich verwurzelten Bewegung vieler ehrenamtlich tätiger Menschen begann, ist heute eine durchaus breit aufgestellte Palette von sozialen Elementen und Standards im unternehmerischen Handeln geworden (SA 8000, CSR, Uz Kapeh, Rainforest Alliance, 4C etc.). Immer mehr Unternehmen integrieren soziale Elemente in ihrer Handelspraxis. Immer mehr Verbraucher beziehen soziale Qualitätselemente von Produkten in ihre Kaufentscheidung ein.

Fairer Handel hat den Anspruch, Einfluss auf das Verbraucherbewusstsein zu nehmen. Fair Trade macht die Menschen hinter den Produkten sichtbar, weist auf Lebenssituationen in den Ländern des Südens hin und veranschaulicht Probleme des internationalen Handels und der Globalisierung. Dazu tragen nicht nur die Produkte bei, sondern auch das seit 40 Jahren unvermindert andauernde Engagement von in Deutschland ca. 100.000 ehrenamtlichen Unterstützern für die Idee des Fairen Handels. Viele sind in Weltläden und entwicklungspolitischen Aktionsgruppen aktiv.

Dieser Punkt ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wenn die Politik entwickelter Industriestaaten ernsthaft, konsequent und langfristig orientiert einen Beitrag zur Welternährungssituation leisten will, werden diese Staaten nicht darum herumkommen, eine andere Perspektive als bisher einzunehmen: Welche Maßnahmen sind im *globalen* Interesse sinnvoll – auch dann, wenn sie möglicherweise eigenen (kurzfristigen) Interessen entgegenstehen? Regierungen wollen (wieder) gewählt werden und haben kein Interesse daran, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Gerade bei derart komplexen und globalen Fragen wie Welternährung und Weltagrarpolitik hat die Politik ein erhebliches Vermittlungsproblem. Fair Trade als allgemein verständliches, praktisches, d.h. im Verbraucheralltag sichtbares Handlungs- und Handelsmodell kann Menschen erreichen, die sonst nur schwer erreichbar wären.

Fair Trade ist hier Avantgarde im Feld des sozialverträglichen Wirtschaftens und steht im Hinblick auf Sozialstandards im Handel und sozialer Produktqualität qualitativ an der Spitze. Begrifflich und in der Kommunikation gegenüber Öffentlichkeit und Verbraucher ist Fair Trade deutlich abzusetzen gegenüber anderen Sozialstandards: Mindestpreis-, Mehrpreiskomponente sowie Vorfinanzierung sind in dieser Form einzigartig (übrigens nicht mit marktverzerrender Subvention zu verwechseln!). Hinzu kommt ein besonderer Fokus auf ansonsten benachteiligte Produzentengruppen.

GEPA (und andere Fair Trade-Unternehmen) gehen dabei in einigen Punkten nochmal über den zertifizierten Fair Trade (Transfair)-Standard hinaus.

Möglichkeiten den Fairen Handel zu fördern

Fair Trade kommt grundsätzlich ohne staatliche oder anderweitige Subvention aus, da es sich vom Produzenten bis zum Verbraucher um ein sich selbst tragendes, sich über den Markt finanzierendes Konzept handelt.

Dennoch gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, die Markt- und die Produzentenentwicklung zu fördern und damit die quantitative und qualitative (Weiter)Entwicklung des Fairen Handels zu beschleunigen.

Dazu gehören u.a. folgende Maßnahmen:

Da der Markt für Fair Trade zertifizierte Produkte zurzeit schneller wächst, als die internationale Zertifizierungsorganisation Fair Trade Labelling Organisation (FLO) neue Produzentengruppen zertifizieren kann, ist eine Unterstützung der Zertifizierung über staatliche Mittel an FLO zu begrüßen.

Öffentliche Einrichtungen auf Bundes-, Landes- und auf lokaler Ebene sollten verpflichtet werden, mit gutem Beispiel voran zu gehen und ihre Beschaffung auf fair gehandelte Produkte umstellen.

In der Entwicklungszusammenarbeit könnten schwache Produzentengruppen im Hinblick auf die Fähigkeit, am Fairen Handel teilzunehmen, gefördert werden.

Da in Deutschland – etwa im Vergleich zu den Niederlanden – eine geringe Anzahl von Fachgeschäften für Fairen Handel (Weltläden) existiert, sollten zinsfreie Betriebsmittelkredite für Neugründungen bzw. Erweiterungsinvestitionen für Fachgeschäfte für Fair Trade-Produkte bereitgestellt werden.

In der Beschreibung und Würdigung von den sich entwickelnden unterschiedlichen Sozialstandards (s.o.) sollte die Politik präzise bleiben und nicht im Wesen unterschiedliche Standards unterschiedslos als „Fair“ subsumieren (Hauptunterschiede sind Preis und die Zielgruppe).

Zusammenfassung der wichtigsten Maßnahmen

1. Zugang zu sauberem Wasser in allen (ländlichen) Regionen (Trinkwasser und Bewässerung).
2. In der Entwicklungszusammenarbeit Primat der Landwirtschaft vor anderen (industriellen) Bereichen.
3. (Aus)Bildung gerade in ländlichen Gebieten auch in Fragen einer ertragssteigernden, nachhaltigen Landwirtschaft. Das schließt in besonderem Maße die Förderung von kleinbäuerlicher (Kooperativen) und kontrolliert biologischer Landwirtschaft ein.
4. Nahrungsmittelhilfe sollte nur begrenzt und im Notfall eingesetzt werden, einkommensschaffende Maßnahmen für arme Bevölkerungsschichten (bis hin zu einer Art „Weltsozialhilfe“) sind strategisch vorteilhafter. Bedingung: Das Geld muss bei den Bedürftigen ankommen (Problem Korruption, unzureichende Verwaltungsstrukturen).
5. Die (unabhängige) Forschung sollte im Bereich der aufgeführten Agrar-, Ökonomie- und Politikbereiche intensiviert werden. Interdisziplinäre und internationale Zusammenarbeit sind dafür unabdingbar. Aufgrund des Umfangs und der Komplexität der Fragestellung einerseits und der begrenzten Mittel andererseits sollte eine Prioritätenliste erstellt werden.

Die Rolle von Bildung und Qualifizierung in den grünen Berufen (auch und gerade in den Entwicklungsländern) kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

6. Ausbau der Infrastruktur in ländlichen Regionen des Südens (Straßen, Konservierungs-/Kühltechnik, Zugang zu Saatgut und landwirtschaftlichen Produktionsmitteln).
7. Förderung einer kleinbäuerlichen, ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft.
8. Sofortiger Stopp aller exportwirksamen Agrarsubventionen.

Benachteiligten Regionen sollten für landwirtschaftliche Güter Möglichkeiten haben, die eigenen Märkte zu schützen, statt sich einer bedingungslosen Liberalisierung auszuliefern.

Bilaterale Abkommen außerhalb der WTO-Verhandlungen sollten gleichfalls fairen Regeln unterworfen werden. In der Praxis wird auf diesem Weg oft versucht, Liberalisierungsmaßnahmen durchzusetzen, die innerhalb der WTO zurzeit nicht durchsetzbar sind.

Schlussbemerkung

Es wird in den nächsten Jahren auf einen Paradigmenwechsel in der internationalen Handelspolitik, in der Entwicklungszusammenarbeit und in der Steuerung der internationalen Finanzsysteme ankommen. Gelingt dies nicht – oder nicht schnell oder nicht konsequent genug – droht eine Verschärfung der Widersprüche, Konflikte und Risiken.

Es ist eine Illusion, zu glauben, dass die Umsetzung und Finanzierung der notwendigen Maßnahmen, die Lebenssituation in den reicheren Ländern (also etwa bei uns) unberührt lässt. Das wirft die Frage nach der Akzeptanz im (Wähler)Volk dieser Länder auf bzw. nach der Handlungsfähigkeit der Politik im Sinne von langfristigen und global notwendigen Maßnahmen.

Thomas Speck

GEPA

The Fair Trade Company

Wuppertal, 16. Juni 2008

Inbesondere Misereor (GEPA-Gesellschafter) möchte ich an dieser Stelle für hilfreichen Input danken!